

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsadresse: Schloßstraße 10, Leipzig
Telefon: 1111, 1112, 1113, 1114, 1115, 1116, 1117, 1118, 1119, 1120, 1121, 1122, 1123, 1124, 1125, 1126, 1127, 1128, 1129, 1130, 1131, 1132, 1133, 1134, 1135, 1136, 1137, 1138, 1139, 1140, 1141, 1142, 1143, 1144, 1145, 1146, 1147, 1148, 1149, 1150, 1151, 1152, 1153, 1154, 1155, 1156, 1157, 1158, 1159, 1160, 1161, 1162, 1163, 1164, 1165, 1166, 1167, 1168, 1169, 1170, 1171, 1172, 1173, 1174, 1175, 1176, 1177, 1178, 1179, 1180, 1181, 1182, 1183, 1184, 1185, 1186, 1187, 1188, 1189, 1190, 1191, 1192, 1193, 1194, 1195, 1196, 1197, 1198, 1199, 1200

Verleger: Carl Auer, Leipzig
Druck: Carl Auer, Leipzig

Verlag: Carl Auer, Leipzig
Erscheinungsort: Leipzig

Nr. 157

Dienstag, den 8. Juli 1924

19. Jahrgang

Herriot vor dem Sturz?

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die von Poincaré gegen seinen Nachfolger in der Ministerpräsidentenwahl eingeleitete Wählerarbeit beginnt allmählich ihre Wirkung zu zeigen. Die Beunruhigung der Öffentlichkeit in Frankreich und England nimmt immer mehr zu. Der Ministerpräsident Herriot wird immer mehr in die Verteidigung gedrängt und seine Stellung erscheint schon so stark gefährdet, daß einige nationalistische Blätter in Paris bereits unbehelligt die Forderung stellen, daß Herriot noch vor der Londoner Konferenz zurücktreten müsse. Gleichzeitig wird die Forderung erhoben, daß die interalliierte Konferenz nach Brüssel verlegt werde, weil man dort eine für Frankreich günstigere Atmosphäre zu finden hofft und es wird für eine Vertagung der Konferenz um etwa 14 Tage plädiert. Bemerkenswerterweise ist es die offizielle Agentur Havas, die sich zur Verbreitung dieser Wünsche hergibt und damit von neuem beweist, daß sie unter dem Einfluß gewisser Beamten des französischen Auswärtigen Amtes steht, die im Grunde mit Poincaré gegen ihren eigenen Chef intrigieren. Diese französischen Beamten sind es offenbar auch, die dem Mitarbeiter des „Echo de Paris“, Bertinax, das Material für die Bekämpfung Herriots liefern. Denn sonst wäre es nicht möglich, daß Bertinax so genau über die Vorgänge bei der Konferenz der Ministerpräsidenten in Chequers und über den diplomatischen Schriftwechsel zwischen Downing Street und dem Quai d'Orsay unterrichtet ist.

Die Vorwürfe die von nationalistischer Seite gegen Herriot gerichtet werden, laufen darauf hinaus, daß er sich von Macdonald in Chequers vollständig überbieten ließ und alle bisherigen Forderungen und Ansprüche Frankreichs ohne jede Gegenleistung preisgegeben habe. Macdonald habe bisher durch seine geschickte Deutlichkeit seine wahren Ziele verdeckt und sie erst in Chequers, ermutigt durch das Entgegenkommen Herriots, brutal enthüllt. Macdonalds sozialistisches Bekenntnis muß als Wapenzug herhalten, mit dem der französische Spießbürger in Schreden gesetzt werden soll. Herriot wird ein Wortwort daraus gemacht, daß er das von Macdonald für die Londoner Konferenz entworfene bekannte Programm stillschweigend und widerstandslos gebilligt habe. Insbesondere habe er die Rechte der Reparationskommission preisgegeben und keinen Widerspruch erhoben, als Macdonald erklärte, man müsse Deutschland Zuschüsse gegen künftige unabhängige Sanktionen Frankreichs geben.

Wir in Deutschland werden von unserem Standpunkt aus sagen müssen, daß das, was hier Herriot als Verbrechen angedeutet wird, nichts ist, als die logische Folge aus seinem demokratischen und freundschaftlichen Programm. Die Tatsachen, die Bertinax mittelt und die von der reaktionären französischen Presse zu der wilden Hege gegen Herriot ausgeschlachtet werden, würden zweifellos auch nicht einen so großen und für Herriot gefährlichen Eindruck auf die französische Öffentlichkeit gemacht haben, wenn sie nach der Konferenz von Chequers in geeigneter Weise der Öffentlichkeit mitgeteilt worden wären. Denn zum Teil ergeben sie sich ja aus dem Wortlaut des Dawesberichts, den selbst Poincaré angenommen hat. Im übrigen wären sie der französischen Öffentlichkeit aber in ganz anderem Licht erschienen, wenn sie im Rahmen und als Folgerung der dem europäischen Frieden dienenden Politik Macdonalds und Herriots bekanntgegeben worden wären. Die mit seinen Grundthesen so wenig in Einklang stehende Geheimpolitik, die Macdonald in Chequers getrieben hat, war zweifellos ein schwerer diplomatischer Fehler. Dem journalistischen Schildknappen Poincaré ist so die Gelegenheit geboten worden, seinen Enthüllungen durch tendenziöse Darstellung und sensationelle Aufmachung eine Bedeutung zu verleihen, die für Herriot unter Umständen verhängnisvoll, auf jeden Fall aber nachteilig sein muß. Es ist der große Frontalangriff aufs Beste vorbereitet, den Poincaré am heutigen Montag im Senat gegen seinen Nachfolger zu eröffnen beabsichtigt und über dessen Erfolg man nach seinerlei Beobachtungen wagen kann.

Macdonald, der wegen seines politischen Bediensens im Unterhaus zur Verantwortung gezogen worden ist, hat sich bemüht, seinem französischen Kollegen nach Möglichkeit zur Hilfe zu kommen. Er hat durch den englischen Botschafter in Paris erklären lassen, daß er keineswegs die Absicht gehabt habe, Herriot in Chequers zu binden, daß vielmehr die den fremden Regierungen mitgeteilten Gedanken über die Londoner Konferenz lediglich den Standpunkt der englischen Regierung darlegten. Herriot hat seinerseits ebenfalls erklärt, daß er mit vollständig freien Händen nach London gehe und eine Note entwerfen, in der den alliierten Regierungen der Standpunkt Frankreichs dar-

gelegt wird. Schließlich hat auch die Regierung der Vereinigten Staaten, die durch die französisch-englische Polemik stark beunruhigt zu sein scheint, beschlossen in dieser Angelegenheit zu intervenieren. Sie hat dem amerikanischen Botschafter eine Mitteilung zugehen lassen, wonach es die Auffassung der Regierung der Vereinigten Staaten ist, daß von der baldigen Anwendung des Dawesberichts der wirtschaftliche Wiederaufbau von Europa abhängt. Die amerikanische Regierung nimmt damit in diplomatisch vorläufiger aber für jeden Politiker genügend deutlicher Weise Stellung gegen die Quertreibereien, die die Londoner Konferenz, geführt und die Wiederherstellung des europäischen Friedens in Frage stellen können. Öffentlich wird man daraus an der Seine die Folgerung ziehen, daß alle Versuche, den Dawesbericht zu sabotieren oder im Interesse des französischen Nationalismus in ihn Dinge hineinzulegen, die nicht darin stehen und auch nicht hineingelesen, auf den Widerstand der gesamten gestifteten Welt stoßen werden.

Macdonald reist nach Paris.

Ein eintägiger Besuch bei Herriot.

London, 7. Juli. Im Unterhaus teilte Macdonald mit, daß er morgen nach Paris reisen, Mittwochabend nach London zurückkehren wolle. Der Besuch erfolge auf einen Vorschlag Herriots. Macdonald betonte nochmals, daß der in der Presse entfaltete Enttäuschungssturm jeder Begründung entbehre.

Diese Nachricht erregt in Paris größte Ueberraschung. In linksliberalen politischen Kreisen begrüßt man diesen Schritt Macdonalds mit größter Begeisterung. Da man von ihm eine Entspannung der politischen Lage erwartet. Diese Nachricht zeigt also, daß die Kritik erntet ist, als die Verschärfungskämpfer an der Themse und Seine vermeinten. Der wahrscheinlich von Paris aus veranlaßte Versuchskolon des „Daily Telegraph“ der eine Vertagung und eine Verlegung der Londoner Konferenz nach Brüssel anregte, hat wohl Macdonald in seinem plötzlichen Entschluß bestärkt, in Paris unter Einfluß seiner Person das Zustandekommen der Londoner Konferenz zum 18. Juli doch noch zu sichern denn er betrachtet dies ansehend als eine Prestigefrage. Es bleibt abzuwarten, ob Macdonald oder Herriot sich als härtere Persönlichkeit erweisen wird, ob Macdonald durchdringt oder sich zu einer Versäufelung befehlen läßt, oder ob er wesentliche Zugeständnisse macht um mit dem plötzlichen Zusammentreten der Konferenz wenigstens das Gesicht zu wahren.

Amerika drängt zur Durchführung des Gutachtens

Im Weißen Hause zu Washington hat am Sonntagabend eine Konferenz stattgefunden, an der außer dem Präsidenten Coolidge und dem Staatssekretär Hughes General Dawes, Handelsminister Hoover und der amerikanische Botschafter in Berlin Quathon, teilgenommen haben. Diese Konferenz, die sich ausschließlich mit der Anwendung des Dawesberichts befaßt hat, hat dem amerikanischen Botschafter in London eine Mitteilung zugehen lassen, wonach es

die Ansicht der Regierung der Vereinigten Staaten ist, daß von der baldigen Anwendung des Dawesberichts der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas abhängt.

Diese Ansicht der amerikanischen Regierung dürfte heute oder morgen offiziell dem amerikanischen Botschafter in London Ramsay Macdonald und dem amerikanischen Geschäftsträger auch der Regierung in Berlin mitgeteilt werden.

Auf englischer Seite sagt man diese Mitteilung als eine nachdrückliche Aufforderung auf, nichts zu tun oder zu unterlassen, was geahndet wäre, das Zustandekommen der interalliierten Konferenz zu erschweren.

Ueber den Standpunkt der deutschen Reichsregierung wird mitgeteilt, daß diese es gegenwärtig für ihre erste Pflicht halte die Befestigung der Ausführung des Sachverständigengutachtens fertigzustellen. Insoweit hat das Goldnotendankomitee seine letzte Sitzung in Berlin abgehalten und die Entwürfe der Notenbankgesetze dürften im Laufe der Woche fertig werden. Das Eisenbahndankomitee tritt Donnerstag zur letzten Sitzung in London zusammen und nur bezüglich des Kommisses über die Industriedebitionen steht der Abschluß der Arbeiten im Augenblick noch nicht genügend fest, um den rechtzeitigen Abschluß und die Vorlage aller Entwürfe im Reichskabinett vor dem 16. Juli als bestimmt zu lassen zu können.

Der französische Etat basiert zu 50 Prozent auf den Meumlieferungen!

„Echo de Paris“ meldet: Im Senatskabinett für Finanzen legte der Finanzminister sein Gutachten vor. Der französische Etat basiert zu 50 Prozent auf der Ver-

kaufung von Meumlieferungen. Eine Aussetzung der Verträge sei für Frankreich nicht tragbar, solange nicht andere Reparationsleistungen durch Deutschland gesichert wären. Auch die Sozialisten stimmten dem Vorschlag des Finanzministers zu.

Eine unerhörte Forderung der französischen Besatzungsbehörde.

Der Zeitung des päpstlichen Stummstums in Mailheim ging von der französischen Besatzungsbehörde der Befehl zu die beiden Bedenktafeln, die nach dem Krieg zum Gedenken der gefallenen Lehrer und Schüler der Anstalt in der Aula angebracht wurden, zu entfernen. Als Grund wird die Inschrift angegeben: „Wir haben in Ehren als wir noch im Kampfe lagen“, da in diesen Worten eine Beleidigung der französischen Nation zu erblicken sei.

Immer vermehrter Druck des Besatzung.

Wie verlautet, ist am Sonntag der ausführliche Bericht des Herrn v. Hoersch über seine beiden letzten Demarchen bei Ministerpräsident Herriot in Berlin eingegangen. Aus der Sonnabendausgabe des Pariser „Matin“ erhellt man die Befürchtung, daß beide Demarchen des Herrn v. Hoersch wieder ergebnislos gewesen sind und lediglich die Zusage des Ministerpräsidenten Herriot gebracht haben, die deutschen Wünsche den zuständigen militärischen Instanzen des besetzten Gebietes unterbreiten zu wollen.

Insoweit wird heute früh aus Wachen gemeldet, daß nunmehr auch die Belgier vorwärts mit Massenforderungen von Wohnungen für die Vermehrung des belgischen Beamtenstabes begonnen haben. Die Stadtgemeinde Wachen hat bis zum 15. August 187 neue Wohnungen für die Besatzungsarmee bereitstellen, während in Wachen fast 18 000 Wohnungsgelüste seit Jahr und Tag der Erledigung harren.

Dr. Schachts koloniale Pläne.

Ueber dieses Thema hatte der Deutsche Kolonialverein e. B., Berlin SW. 11, einen Vortragabend veranstaltet, an dem als erster Redner Gouverneur a. D. Dr. Schacht, Gwerth sich zunächst über die Angelegenheiten des Schachtischen Vorschlags äußerte, soweit die darüber vorliegenden Nachrichten eine Stellungnahme zulassen. Er begrüßte es als eine willkommene Wendung, daß die Kolonialfrage endlich einmal von einer maßgebenden Stelle in den Kreis der allgemeinen politischen Erörterung gezogen und als eine notwendige Ergänzung des Sachverständigenberichts behandelt werden sei, der als unvollständig betrachtet werden müsse und unberechenbare Folgen hervorrufen könne, solange die Frage des Abzuges unserer Massenproduktion nicht geregelt sei. Auch die Berücksichtigung des Steuerverproblems durch Herrn Dr. Schacht sei dankenswert, zumal diese Angelegenheit seitens der deutschen Regierung vor dem Kriege immer nur sehr abgerundet behandelt worden sei. Dennoch müsse man dem Plan des Herrn Dr. Schacht mit Bedenken begegnen, insofern als die Verwaltung einer Chartered Compagnie keine Gewähr für eine uneigennütige Behandlung der deutschen Interessen abge. Vor allem aber sei die Kolonialpolitik nicht zu vergessen. Die Mehrheit der Kolonialdeutschen werde vermutlich der Meinung sein, daß wenn wir die uns mit Schimpf genommene Kolonien wieder bekommen sollten, es mit Ehre geschehen müsse.

Im Anschluß an diesen Vortrag führte Dr. Paul Reuter ein etwa folgendes aus: Der Plan Dr. Schachts Deutschland auf dem Wege einer internationalen Kolonialgesellschaft allmählich wieder zu einem Kolonialbesitz zu verhelfen, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Er paßt sich dem nun einmal vorliegenden Dawesplan an, d. h. er stellt sich auf die Gedankenansätze der Sachverständigen ein, gibt ihnen aber mit irdischer Deutlichkeit zu verstehen, daß sie über dem Bestreben, möglichst hohe deutsche Zahlungsverpflichtungen auszurechnen, die deutschen Rechte vergessen haben. Der Hinweis auf die deutschen Kolonialrechte ist unerlässlich, denn anderfalls würde ein unmittelbares Verzicht Deutschlands auf seine Kolonien herausgefunden werden.

Ueber den Wert der alten Chartered Companies sind die Ansichten geteilt. Dr. Reuter weist an der Hand geschichtlicher Beispiele nach, daß ihre Leistungen wesentlich von den führenden Persönlichkeiten abhängen. Im Ganzen wird gegenwärtig staatliche Kolonialpolitik vorzuziehen, doch gehört dazu ein festes Staatswesen mit außenpolitischen Machtmitteln. Das ist das heutige Deutschland nicht. Eine unter internationalen Schutz arbeitende Kolonialgesellschaft könnte demnach ein zweckmäßigeres Mittel sein. In ihren Arbeitsmethoden müßte sie indessen diese Gesellschaft an das amerikanische